

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 159.

Dresden, Freitag den 12. Juli 1907.

18. Jahrg.

## Proletarische Lebenshaltung.

Im der bürgerlichen Presse beschäftigt man sich zurzeit viel mit einer Abhandlung, die Richard Calver in der von ihm herausgegebenen wirtschaftlichen Korrespondenz veröffentlicht hat. Das Statistische Amt der Stadt Dresden lieferte ihm mit seiner Arbeit über die wirtschaftliche und soziale Lage Dresdner Arbeiter, deren Entstehung unseren Lesern wohl bekannt ist, die Unterlage für eine Reihe von bemerkenswerten Folgerungen. Er sagt, daß man in weiten Kreisen den Einfluß der Preissteigerungen der Lebensmittel infolge der Inflation und anderer Umstände ganz gewaltig überschätzt habe. Die Unterlegung des Dresdner Statistischen Amtes, die die Preise des Jahres 1903 und die des Jahres 1906 miteinander vergleicht, müßte die Auffassung führen, daß die Vermehrung der Preissteigerungen am Warenmarkt auf die Haushaltskosten sogar erheblich überschätzt worden sei. Calver fährt dann fort: „Daß die Löhne seit 1903 ganz erheblich stärker gestiegen sind als das Preisniveau der Haushaltskosten, ist nicht zu bestreiten; dafür kann der statistische Beweis gleichfalls erbracht werden. . . . Jedenfalls ergibt sich aus den vorliegenden Berechnungen, daß trotz einer erheblichen Steigerung der Lebensmittelpreise die Haushaltskosten lange nicht in dem Grade gestiegen sind, wie dies vielfach angenommen wurde. In die Erhöhung des Lohnniveaus in den in Frage kommenden Jahren war so kräftig, daß der größte Teil der Arbeiterbevölkerung seine Lebenshaltung noch merklich vermehren und verbessern konnte. Diese Tatsache dürfte kaum noch anzweifelt sein. Sollte sie aber doch angezweifelt werden, so müßte man für das Gegenteil stichhaltige Beweise verlangen. Es ist aber nicht einzusehen, aus welchen Gründen diese Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter bestritten werden sollte. Das Jugendstudium, daß die Arbeiter an der steigenden Konjunktur auch einen erfreulichen Anteil genommen haben, und zwar vielfach unter offener Mitwirkung ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, wird auf das Vorwärtstreben der Arbeiter sicher keinen abschwächenden Einfluß haben, sondern sie vielmehr überzeugen, daß ihr Kämpfen und Streben keineswegs umsonst ist.“

Wir sind mit Calver vollständig darin einverstanden, daß es nicht angeht, etwa aus falsch verstandenen agitatorischen Gründen eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter abzuleugnen, wenn sie nachweisbar ist, treten ihm vielmehr darin bei, daß es den Mut und die Kraft des Proletariats nur haben kann, wenn es sieht, daß es durch seine Organisationen auch wirklich nennenswerte Vorteile erreicht. Aber in der Sache selbst müssen wir doch eine Reihe von Bedenken gegen Calvers Darlegungen erwähnen. Zunächst einmal erscheint es sehr kühl, auf die Erfahrungen an einem einzigen Jahre so weitgehende Schlüsse aufzubauen, und dann überläßt Calver, daß auf die Lebenshaltung der Arbeiter noch andere Preissteigerungen als die der Lebensmittel merklichen Einfluß ausüben.

Als der Buchdruckerverband vor dem Abschluß eines neuen Tarifes mit der Unternehmerorganisation stand, bemittelte er eine umfassende Kundfrage in mehr als 3000 deutschen Orten, aus der sich unwiderleglich eine Verteuerung der Lebenshaltung um 10 bis 20, durchschnittlich 15 Prozent gegen die Zeit vor etwa 10 Jahren ergab. Wir müssen es Calver überlassen, sich mit dieser umfassenden Erhebung auseinanderzusetzen. Heute wollen wir nur darauf eingehen, daß, wie gesagt, außer der Steigerung der Lebensmittelpreise auch noch andere Preissteigerungen für den Arbeiterhaushalt bedeutungsvoll sind, und zwar vor allen Dingen die Steigerung der Wohnungsmieten. Wir erinnern daran, daß der Fabrikant Heinrich Freese in Berlin vor gar nicht langer Zeit auf Grund genauer Angaben den bündigen Beweis dafür erbracht hat, daß die in 10 Jahren von seiner Arbeiterkraft erreichten Lohnsteigerungen restlos für höhere Aufwendungen für die Wohnung draufgegangen sind, ja, daß ein Teil dieser Arbeiter infolge höherer Wohnungsmieten heute trotz erheblicher Lohnsteigerungen schlechter dran ist, als in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts.

Genau dasselbe zeigt sich im Großherzogtum Hessen. Wie der neueste Jahresbericht des Landeswohnungsinpektors beweist. In ungefähr 25 Prozent der größeren Orte des Großherzogtums Hessen sind die Mietpreise im Jahre 1906 nicht unerheblich gestiegen, nur aus zwei Gemeinden in dem ganzen Lande wird ein Fallen des Mietpreises gemeldet, nämlich in den anderen gleich, d. h. gleich hoch, gemeldet sind. Die Mietsteigerungen betrafen wesentlich die 2- und dreizimmerigen Wohnungen und schwanken zwischen 3 Prozent und 33 1/2 Prozent. Diese Angaben bedürfen aber noch einer Ergänzung; es stellt sich nämlich heraus, daß in den Gemeinden des Großherzogtums die Zahl der Dachwohnungen gegen das Jahr 1905 um nicht weniger als 2726 60 Prozent auf solche Wohnungen. Das bedeutet nichts anderes, als daß das Proletariat gezwungen ist, um mit seinem Lohn auszukommen, schlechtere Wohnräume zu beziehen. Diese Auffassung wird unterstützt durch die Feststellung, daß die durchschnittliche Belagung der aus drei Räumen bestehenden Wohnungen eine starke Zunahme erfahren hat; sie hat sich von 3,2 Personen im Jahre 1905 auf

3,8 Personen pro Raum im Jahre 1906 vermehrt. Wieder ein Beweis dafür, daß die Arbeiter mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Lohn nur dann auskommen können, wenn sie ihre Ansprüche an die Wohngelegenheit soweit wie es nur irgend denkbar ist herabsetzen. Um die Wohnbedürftigkeit einmal im einzelnen zu ermitteln, hatte der Landeswohnungsinpektor von Hessen für das Jahr 1906 besondere Erhebungen in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern angeordnet. Das Ergebnis ist geradezu erschreckend! Von diesen Wohnungen hatten für je eine Person über 10 Jahre oder für je zwei Personen unter 10 Jahren 6 Prozent nur einen Luftraum bis zu 10 Kubikmetern, 19 Prozent einen Luftraum von 10 bis 15 Kubikmetern und 31 Prozent einen Luftraum von 15 bis 20 Kubikmetern. Wenn man sich nun vergegenwärtigt, daß in den Gefängnissen für jede Person ein Luftraum von 20 Kubikmetern längst als das Mindestmaß angesehen worden ist, so zeigt sich, daß 48 Prozent oder beinahe die Hälfte der Arbeiterbevölkerung von 99 Orten des Großherzogtums Hessen erheblich weniger Luftraum in ihren Wohnungen zur Verfügung hat, als ein Gefangener in seiner Zelle. Bei der Durchführung des Wohnungsaufsichtsgesetzes in Hessen ist bisher stets angenommen worden, daß eine Wohnung erst dann als überfüllt gilt, wenn für jede über 10 Jahre alte oder für je zwei unter 10 Jahre alte Personen ein Luftraum von weniger als 10 Kubikmetern vorhanden ist. Daraus wird vielfach der Schluß gezogen, daß Wohnungen, die diesen Mindestluftraum erhalten, in gesundheitlicher Beziehung als normal zu betrachten seien, falls nicht sonstige Mängel vorhanden sind. Diese Annahme findet aber weder in der Wissenschaft, noch in der Praxis eine Stütze. Auch der hessische Landeswohnungsinpektor sagt: „Man darf sich nur einmal den Raum vorstellen, der 10 Kubikmeter Luft enthält: 2 x 2 1/2 x 2 Meter, um sofort zu erkennen, daß er für Tages- und Nachtenthaltung zugleich für einen erwachsenen Menschen nicht genügt. Außerdem wird die Luftmenge in dem Raum noch verkleinert durch die darin befindlichen Gegenstände. . . . danach müßten 6 Prozent der aufstichtspflichtigen Kleinwohnungen als ungenügend und 1 (1) Prozent für kaum genügend bezeichnet werden —, das ist der vierte Teil aller in Betracht kommenden Wohnungen.“ Damit man uns nicht mit dem Einwande kommt, daß die unterzählten 99 Gemeinden viel leicht zufällig die schlechtesten Verhältnisse im Deutschen Reich aufzuweisen hätten, wollen wir noch bemerken, daß der Landeswohnungsinpektor ausdrücklich feststellt, daß in den kleineren Gemeinden die Verhältnisse keineswegs besser, sondern möglicherweise noch ungünstiger sind.

Diese wenigen Angaben genügen schon für den Nachweis, daß Calvers Schlussfolgerungen mindestens vorläufig und sicherlich irreführend sind. Man kann kein zuverlässiges Urteil über die Lebenshaltung des Proletariats gewinnen, wenn man die Wohnungsverhältnisse außer acht läßt, und wer behauptet, daß die Lohnsteigerungen in den letzten Jahren wirklich eine Besserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zur Folge gehabt haben, der muß nachweisen, daß diese Lohnsteigerungen nicht ganz oder zum überwiegenden Teile in die Taschen der Hausbesitzer geblieben sind.

## Politische Uebersicht.

### Eine Hundstagskomödie.

Die Liberale und die ultramontane Presse beschäftigen sich sehr angelegentlich mit gewissen Vorgängen innerhalb der katholischen Kirche, die zwar vorläufig ohne direkte politische Bedeutung sind, aber doch schon wegen ihres kulturhistorischen Interesses Beachtung verdienen. Die deutschen Katholiken, die geliebtesten Söhne des Reichs, werden unter der Regierung des neuen Papstes Pius X. nach ganz neuen Methoden behandelt. Man betrachtet sie von Rom aus mit einem gewissen Argwohn, der dadurch nicht geringer wird, daß der Papst jeder lebenden Sprache außer der italienischen unkundig und überdies ein außerordentlich konservativer Herr ist. So kam es, daß Pius X. in einem Briefe, den er an den Wiener Theologieprofessor Sommer richtete und dessen öffentliche Bekanntmachung angeordnet wurde, zahlreiche angelegene Katholiken Deutschlands, unter ihnen die Bischöfe von Bamberg und Regensburg, vor aller Welt schwer blamierte, indem er die Errichtung eines Denkmals für den ihm zu modern gegünsteten Theologen Schell befragte. Unter den Unterzeichneten des Auftrags befinden sich auch die genannten hohen Kirchenfürsten, die den päpstlichen Kuffel natürlich ohne Kurzen einstecken müssen.

Wald nach diesem Vorfall veröffentlichte eine vom Vatikan beeinflusste Korrespondenz, die Korrespondenz Romana, Enthüllungen über eine katholische Laienorganisation, deren Gründung ganz insgeheim nach schwarzer Verschwöreremaneier betrieben werden sollte. An der Spitze des Geheimbundes, der eine „neue Reformation“ vorbereiten sollte, stand der bekannte Zentrumsführer Freiherr v. Hertling. Man erhält die Germania von einem der katholischen Intendanten eine Zusage, die bedeutend wichtiger ist als die fürchterlichen Geschichten der vatikanischen Korrespondenz. Als Tatsache

bleibt danach bestehen, daß eine Anzahl deutscher Katholiken, zu den Freiherrn v. Hertling nicht gehörend, eine Petition an den Papst vorbereiteten, in der um eine Reform des Index gebeten wurde. Es sollte nach dem Wunsche der Petenten kein Buch auf den Index gesetzt werden können, ohne daß dem Verfasser (natürlich vorausgesetzt, daß er Katholik ist) Gelegenheit zur Rechtfertigung geboten worden wäre. Dieses Gesuch, dessen Wortlaut von der Korrespondenz selbst veröffentlicht wurde, geriet in Unterwürfigkeit vor dem päpstlichen Stuhl und enthält das Versprechen, daß sich die Unterzeichner dem Entschiede des Papstes, wie er auch ausfallen möge, bedingungslos unterwerfen wollten. An die Bildung einer „Laienorganisation“ im Gegensatz zum Klerus ist nach den Versicherungen der Germania nicht im mindesten gedacht worden, und die ganze Aktion wurde nur darum geheim betrieben, weil die Geheimhaltung im Interesse der Kirche selber lag.

Die „Verschwörer wider Rom“ scheinen danach wirklich sehr harmlose Leute zu sein, und die Dinge, die sie treiben, sind für die Öffentlichkeit recht gleichgültig. Denn welche Bücher auf die römische Verbotsliste gesetzt werden und ob die Zensurierung durch kirchliche Zensur oder durch kirchengerichtliches objektives Verfahren erfolgen soll, ist eine Frage, um deren Wissen man sich heutzutage längst nicht mehr die Köpfe einschlägt. Es gibt auch unter den Katholiken heute gewiß nicht viele Leute mehr, die, wenn sie ein Buch lesen wollen, sich darum kümmern, ob der Papst es ihnen auch erlaubt. Der ganze Lärm würde sicherlich so laut geworden sein, wenn nicht die liberale Presse, die überall, sogar im preussischen Hohenzollernlande, „liberale Aeren“ entdecken will, nicht auch in der katholischen Kirche eine „liberale Aera“ mitern wollte. Ihre Enttäuschung wird groß sein, sobald sich die löbliche Unternehmung, mit deren Ankündigung diese Kirchenverschwörung begann, auch vollzogen haben wird, und das wird gewiß nicht lange dauern.

## Deutsches Reich.

### Die nationalliberale Steuerreform.

Die für den Herbst bevorstehenden neuen Steuergeetze, wie sie die Mil.-pol. Korresp. ankündigte, haben das höchste Mißfallen der parteiunabhängigen Nat.-Lib. Korresp. gefunden; sie läßt sich von einem Parlamentarier schreiben, daß die Nationalliberalen nicht nur die Vandalensteuer auf Zigarren, sondern auch die Zinssteuer und die Klammersteuer unbedingt ablehnen würden. Man darf, meint dazu die Germania, nur noch der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß diese Ansicht im kommenden Herbst ebenso gilt wie heute. Aber der nationalliberale Parlamentarier geht noch einen Schritt weiter und vertritt die Ansicht, daß die Schaffung neuer Steuern überhaupt nicht nötig sei; man möge erst abwarten, wie die Steuergeetze von 1906 sich entwickeln.

Der nationalliberale Abg. Dr. Friedberg hat vor einigen Tagen in der Nat.-Stg. dieselbe Ansicht für Preußen vertreten und die Erhöhung der Einkommensteuer bekämpft; er wünscht, daß im Eisenbahnetat mehr Ausgaben auf das Extraordinarium genommen werden, und will so rund 200 Millionen Mark für das Ordinarium frei erhalten; dann ist allerdings eine Steuererhöhung überflüssig. Aber diese Lösung erscheint uns doch als zu subaltern, um angenommen werden zu können; statt neuer Steuern — neue Schulden: das ist ein Ausweg, den der jüngste Kalkulator im Finanzdepartement finden kann. Dann können die Gehälter für die Exzellenzen gespart werden. Freilich ist es auch echt nationalliberal und erinnert stark an den Kartellrechtstag: in der Gegenwart auf die Kosten der Zukunft üppig zu leben.

In diesen beiden Auslassungen aber tritt der gemeinsame Gedanke auf: Hinausziehen der Steuerreform, und zwar im Reiche wie in Preußen. Diese Stellungnahme übertrifft uns etwas, wenn wir an die frühere Haltung der Nationalliberalen denken. Namentlich seit 1903 haben diese stets auf eine „großartige“ Steuerreform im Reiche hingearbeitet. Die Nationalliberalen haben bei der Beratung der Stengel immer nach der materiellen Reform gerufen, und als sie dann 1906 kam, da waren sie höchst eifrig in dem Anbieten von neuen Steuern. Die Fahrkartensteuer ist ganz nach ihren Wünschen gestaltet worden. Selbst als die Steuerreform fertig war, haben sie noch eine neue Steuer in der Mehrsteuer angeboten. Damals waren sie die reinen „Kilometerfreier“ in Steuerfragen. Und jetzt kneifen sie und wollen wieder im Reiche noch in Preußen etwas hiervon wissen. Man könnte es noch begreiflich finden, wenn sie zu ihrem Freunde Hilow gehen würden und erklärten, daß sie eine solcher Geschenke zu viel auf einmal seien. Wenn das Reich keine weiteren Gelder erhält, müssen aber doch die Einzelstaaten solche erhalten, weil sie ja für das Reichsdefizit zu haften haben. Nur Ausgaben bewilligen und für keinen Teil neue Einnahmen festsetzen, das ist eine Politik, die zum finanziellen Ruin führen muß. Die neuen Schulden geht es auch nicht mehr; 4 Proz. zum Kurse von 98 nähert sich schon bedenklich der Kriegsanleihe. Und wir sind im Frieden.

Wer 1906 noch ein Bedürfnis nach neuen Steuern erkannte, nachdem die Finanzreform fertig war, der kann 1907

### Interesse

Interesse des 4. gebildeten Standes aber deren Raum mit 20 W. be-  
meint und bei unbedeutender Anzahl  
Bewerksamkeit wird Absatz gemindert.  
Bewerksamkeit 20 W. Interes-  
sieren sich für diesen Fall 10 W.  
sich in der Erwartung abzugeben, daß  
und hat im vorliegenden Falle

### Expedition:

Swingerstraße 21, post.  
Sprechzeit von morgens 8 Uhr  
abends 7 Uhr.  
Telephon: Nr. 1789.

Ersteinstellt täglich mit Aufnahmen der  
Gemeinde- und Gegend.